

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss</b>	21.04.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Weiterentwicklung des Ordnungs- und Sicherheitskonzeptes der Stadt Bielefeld**

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, 03.04.2019/23.05.2019, TOP 6, Drucks.-Nr. 8396/2014-2020

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte den HWBA in der Sitzung am 23.05.2019 umfangreich zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt und über den seinerzeitigen Sachstand informiert, die wesentlichen Strukturen und Akteure dargestellt und Ansätze zur Weiterentwicklung des Ordnungs- und Sicherheitskonzeptes beschrieben.

Der HWBA hatte hierzu um regelmäßige Berichterstattung gebeten.

Seit Frühjahr 2020 wird (auch) das Thema Sicherheit und Ordnung durch die Corona-Pandemie überlagert; die in der genannten Vorlage beschriebenen Ämter, Behörden und Einrichtungen sind in vielfacher Hinsicht bei der Bewältigung der Pandemie eingebunden. Dennoch hat es seit dem letzten Bericht Veränderungen und Weiterentwicklungen bei den Akteuren gegeben, über die die Verwaltung den Ausschuss mit dieser Vorlage informieren möchte.

- **Ordnungsamt**

Mit Blick auf die in der o. g. Informationsvorlage genannten Handlungsfelder hat die Verwaltung im November 2019 mit der Einrichtung eines „Ordnungstelefon“ (Durchwahl 513030) die telefonische Erreichbarkeit des Ordnungsamtes für die Bürger\*innen deutlich verbessert. Mit drei Einsatzfahrzeugen und vier E-Bikes ist der Außendienst im ganzen Stadtgebiet mobil.

Im Zuge der Einrichtung des Ordnungstelefon sind die Einsatzzeiten der Außendienste noch einmal deutlich ausgeweitet worden (täglich von 8.00 Uhr bis 23.00 Uhr, zusätzlich freitags und samstags bis 1.00 Uhr des Folgetages).

Die zusätzlichen Einsatzzeiten und die zunehmende Bekanntheit dieser Rufnummer mit der damit verbundenen Zunahme von Kontrollaufträgen erfordern eine Anpassung sowohl der Struktur der Außendienste als auch der personellen Ressourcen. Zurzeit sind für den Außendienst des Ordnungsamtes 11 Stellen (davon 2 überplanmäßig) eingerichtet. Momentan wird der Außendienst von 55 Zusatzkräften unterstützt.

Mit der Einrichtung der Leitstelle im Ordnungsamt hat sich die Kommunikation zwischen Polizei und Ordnungsamt deutlich verbessert. Durch wechselseitige Informationen können Ein-

satzlagen besser eingeschätzt und Maßnahmen besser abgestimmt werden.

Auch das vom Rat in der Sitzung vom 03.09.2020 geforderte Sicherheits- und Ordnungskonzept, das der sich zuspitzenden Situation in Parks und Grünanlagen entgegenwirkt, wird sich auf den Personalbedarf der Außendienste auswirken. Dies gilt umso mehr, als die Polizei in den letzten Jahren ihre subsidiäre Zuständigkeit zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten mit dem Hinweis auf fehlende Einsatzmittel nur noch eingeschränkt wahrnimmt.

Die Verwaltung wird die erforderlichen organisatorischen und personellen Anpassungen im Zuge der Stellenplanberatungen darstellen.

Mit der Informationsvorlage war 2019 auch die Idee einer „mobilen Sprechstunde“ in den Stadtbezirken vorgestellt worden. Diese Überlegung konnte - zunächst in Ermangelung eines geeigneten Fahrzeugs, dann aber vor allen aufgrund der Kontaktbeschränkungen der Corona-Schutzmaßnahmen - bisher nicht weiterverfolgt werden. Da jedoch bei den Bürger\*innen weiterhin ein großes Bedürfnis besteht, mit der Verwaltung im persönlichen Gespräch in Kontakt zu treten, wird das Ordnungsamt diese Idee wieder aufgreifen, sobald die Pandemieentwicklung das zulässt.

Die hier nur zusammenfassend dargestellte Entwicklung im Ordnungsamt lässt sich ausführlich aus der als Anlage 1 beigefügten Evaluation „Erreichbarkeit und Präsenz des Außendienstes“ entnehmen. Soll die tägliche Präsenz (wie sie in der Anlage dargestellt wird) dauerhaft erfolgen, ist die Zahl der Ordnungskräfte entsprechend zu erhöhen, wenn die oben beschriebene Erreichbarkeit weiterhin sichergestellt sein soll.

Ergänzend zur o. g. Vorlage ist auch darauf hinzuweisen, dass die Bezirksämter mit ihren Ordnungsabteilungen die Arbeit des Ordnungsamts unterstützen und häufig bei Vermüllung, Lärmproblemen oder anderen Störungen erste Ansprechpartner der Bürger\*innen „vor Ort“ sind. Die Bezirksämter bieten damit die (in der ursprünglichen Vorlage eher bei den Stadtteilkoordinator\*innen gesehene) „bezirkliche Ansprech- und Lotsenstruktur“. Im Zusammenspiel von Ordnungstelefon und BürgerServiceCenter mit den Bezirksämtern wird das Ziel schnelle Erreichbarkeit der „richtigen“ Ansprechpartner\*innen für die vielschichtigen Themen Ordnung und Sicherheit erreicht.

Da das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW seinen Buß- und Verwarnungsgeldkatalog überarbeitet hatte, sind im Übrigen auch noch die Verwarnungsgelder im Bereich des „Kleinabfalls“ (Zigarettenkippen, Einwegbecher etc.) erhöht worden. Gleiches gilt z. B., wenn Hundekot nicht von den Halter\*innen entfernt wird.

- **Umweltbetrieb**

Unter Einbeziehung der Förderung von Langzeitarbeitslosen (Einsatz über die Fördermöglichkeiten des Teilhabechancengesetzes) wurden zwei zusätzliche Kolonnen in der Arbeitsgruppe „Saubere Stadt“ eingerichtet.

Mit dem Wiederaufleben des Projektes „Stadtbildpflege“ werden Aufgaben wieder wahrnehmbar intensiver erledigt, die über die gesetzlichen Pflichtaufgaben der Straßenreinigung, der Straßeninstandhaltung und der Grünunterhaltung hinausgehen, z. B.:

- Reinigung und Pflege von Verbindungswegen, gepflasterten Verkehrsinseln und anderen nicht gewidmeten Flächen
- Beseitigung von Wildkräutern
- Sammlung von Müll aus Straßengräben
- Reinigung von Straßenschildern
- Manuelle Beseitigung von Grasbewuchs um Masten und Pfosten
- Erledigung von „Sonderaufgaben“.

Ergänzt werden diese Aufgaben um die Beseitigung von Neophyten (wie z. B.: spätblühende Traubenkirsche, Riesenbärenklau, Ambrosia und Jakobskreuzkraut) auf städtischen Waldflächen und Flächen in Zuständigkeit des ISB, des Umweltamtes und der Stadtwerke. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes hat am 20.03.2019 die Beauftragung sowie die Durchführung der Projekte zur Stadtbildpflege einstimmig in nicht-öffentlicher Sitzung beschlossen. Insgesamt werden seitdem 25 bis dahin langzeitarbeitslose Personen zur Durchführung der o.g. Aufgaben eingesetzt. Die Projektlaufzeit beträgt entsprechend der vorgesehenen Beschäftigungshöchstdauer im Teilhabechancengesetz 5 Jahre.

Die bereits vorgestellten konzeptionellen Ansätze zur Erhöhung des Abfallbehältervolumens wurden (z. B. durch die Beschaffung weiterer Solarpresspapierkörbe oder saisonaler Zusatzbehälter auch am Kunsthallenpark) weiterentwickelt.

Durch zunehmende wilde Müllablagerungen und pandemiebedingte Verkäufe der Gastronomie im Außerhausgeschäft und in dessen Folge deutlich zunehmende to-go-Verpackungen in den öffentlichen Papierkörben sind die Arbeitsgruppen momentan allerdings bereits wieder mehr als ausgelastet.

Die Verwaltung hatte in der ursprünglichen Vorlage auf Maßnahmen und Projekte zum Thema Wiederverwendung von Abfällen hingewiesen. Die Kooperationspartner bei der Wiederverwendung werden seit 2019 auf der Grundlage des Beschlusses des Betriebsausschusses UWB (Drucksache 8878/2014-2020) finanziell gefördert. Dadurch war ab 01.07.2020 (neben dem bereits vorhandenen Secondhand-Kaufhaus in der Blomestraße und dem Sozialkaufhaus in der Meisenstraße) die Eröffnung eines weiteren öffentlichen Gebrauchtkaufhauses am Trepfenplatz in Bielefeld-Brackwede mit rd. 300 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche möglich.

Der Umweltbetrieb weist neben diesen Weiterentwicklungen allerdings auch darauf hin, dass durch Schul- und Kitaschließungen sowie Kontaktbeschränkungen im Zuge der Pandemie die gezielte Umweltbildungsarbeit an Grundschulen und Kindertagesstätten zurzeit nicht in dem gewünschten Umfang stattfinden kann.

- **Quartiershelfer\*innen**

Waren im Mai 2019 noch sieben Quartiershelfende im Einsatz, hat sich diese Zahl mittlerweile mehr als verdoppelt. In Dornberg und Mitte sind je zwei, in Senne drei, in Jöllenbeck vier und in Sennestadt fünf Quartiershelfer\*innen im Einsatz. Darüber hinaus sind auch in Brackwede die Voraussetzungen für die Einstellung von zumindest zwei Quartiershelfenden erfüllt. Diese sollen dort zeitnah eingestellt werden.

Die derzeit eingesetzten Quartiershelfer\*innen sind organisatorisch dem Stadtbezirksmanagement Dornberg/Mitte bzw. den entsprechenden Bezirksämtern zugeordnet.

Sie tragen durch eine Begehung der Stadtbezirke auch künftig zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes und der Lebensqualität im jeweiligen Stadtbezirk bei.

- **Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention**

Die Verwaltung hatte 2019 angekündigt, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe einzusetzen, die unter Mitwirkung von weiteren lokalen Akteuren systematisch bestehenden „Angsträume“ identifiziert und Maßnahmen entwickelt, um diesen entgegenzuwirken. Die entsprechende Arbeitsgruppe ist unter Federführung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention eingerichtet worden.

Nach einem Lenkungsgruppentreffen des Sozial- und Kriminalpräventiven Rats der Stadt Bielefeld (SKPR) wurde die Gruppe von dem ursprünglich vorgesehenen Namen „Angstrambekämpfung“ in „Stadtbildpflegegruppe“ umbenannt, um mehr Klarheit über die Einsatzmöglichkeiten zu erreichen (Grünrückschnitt, kleinere Reparaturen, Entfernung von Müll etc.) und

um falsche Erwartungen zu vermeiden.

Die Arbeitsgruppe war zuerst in Brackwede aktiv und hat den bei einem Rundgang entwickelten Maßnahmenkatalog abgearbeitet. Dieses Konzept wurde bei einem 2. Rundgang in Dornberg weitergeführt und erfolgreich umgesetzt.

Weitere geplante Termine konnten Corona bedingt leider nicht realisiert werden.

Aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeitsgruppe (und durch bereits durchgeführte Maßnahmen auf dem Boulevard und dem Kesselbrink) wurde deutlich, welche hohe Bedeutung dem Thema „Licht“ zukommt. Daher wurde vor einem Jahr eine entsprechende Arbeitsgruppe im SKPR gegründet. Auch diese Arbeitsgruppe konnte allerdings Corona bedingt ihre Arbeit (noch) nicht aufnehmen.

Somit steht das Konzept und die entsprechende Umsetzung grundsätzlich gewährleistet. Sobald die Pandemieentwicklung das zulässt, werden die Arbeitsgruppen „Stadtbildpflege“ und „Licht“ ihre Arbeit (wieder) aufnehmen.

Die in der ursprünglichen Vorlage weiter genannten Akteure (von Polizei, Sozial-, Jugend- und Bauamt, Amt für Verkehr über den SKPR bis zu den Stadtteilkoordinator\*innen) tragen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Aufgaben weiter ihren erheblichen Anteil zur Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bielefeld bei.

Die Verwaltung hatte 2019 angekündigt, zur Weiterentwicklung des Sicherheits- und Ordnungskonzepts ggf. auch weitere Akteure einzubeziehen. Die Stadt Bielefeld arbeitet im Rahmen unterschiedlicher Projekte im Rahmen von „bi2000plus“ ohnehin eng mit den Hochschulen zusammen. Um hinsichtlich des nicht leicht zu fassenden subjektiven Sicherheitsbedürfnisses und der daraus resultierenden Anforderungen an kommunales Handeln Erkenntnisse und Impulse aus der Wissenschaft zu bekommen, gibt es zwischenzeitlich ein gemeinsames Projekt zu diesem Thema. Daran beteiligt sind neben städtischen Dienststellen und der Polizei auch die moBiel GmbH sowie die Universität und die Fachhochschule Bielefeld. Nach einem Kooperationsgespräch „Sicherheitsgefühl“ als Kick-Off-Veranstaltung am 27.02.2020 konnten alle weiteren Gespräche Pandemie bedingt nur noch als digitale Konferenzen durchgeführt werden.

Das Forschungsinstitut für Gesellschaftlichen Zusammenhalt (FGZ) wird gemeinsam mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG) im Rahmen des sog. "Regionalpanels" (neben diversen weiteren Städten) auch in Bielefeld eine umfangreiche repräsentative Umfrage durchführen. Beim "Regionalpanel" handelt es sich um eine groß angelegte Befragung, an der mehrere Universitäten beteiligt sind. FGZ und IKG werden als erstes konkretes Projekt der Zusammenarbeit diese Befragung nutzen und einen zusätzlichen Fragebogen mit voraussichtlich 20 Fragen einsetzen, um für Bielefeld objektive Erkenntnisse zum Sicherheitsempfinden, zu Angsträumen aber auch den Potentialen solcher Räume zu gewinnen.

Die Verwaltung wird den Ausschuss weiterhin regelmäßig über die Weiterentwicklung des Ordnungs- und Sicherheitskonzepts und auch über die Zusammenarbeit im Rahmen von bi2000plus informieren.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Dr. Witthaus

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.